

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Nast du schon ein Programm zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: monatlich (inkl. Post) 2 RM (halbjährlich 10 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schulung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebildete Nonparelletze oder deren Raum 4,50 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreißigsten Teil einer Tageszeitung 1,70 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 26. Oktober 1927

Nummer 251

Entlarvter Bürgerblockschwindel

Beamtenbetrug / Die bestellte Denkschrift des Reparationsagenten / Rettungsmanöver der SPD

Bürgerblock, Länder und Reparationsagent

Die Bürgerblockparteien rüsten zur Wahl. Die Vorproben von Altona, Hamburg und Königsberg sind nicht gerade geeignet, die Regierungsparteien mit besonderen Hoffnungen auf das Ergebnis der Wahlen zu erfüllen. Es gilt zu retten, was man retten kann — und das Mittel dazu ist einfach: Der Woff will sich in ein Sammelstück hüllen, der Bürgerblock so tun, als ob er etwas für andere Interessen, als die der Junker und Schlotbarone, übrig hätte. Köhler's Magdeburger Rede, in der den Beamten eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 18 bis 19 Prozent gestiftet zugunsten der unteren Beamtencategorien versprochen wurde, war der Anfang dieser Offensive der Demagogie — die Beschlüsse des Reichsrates, durch die die Entschädigungen der kleinen Liquidationsgeschädigten erhöht werden sollten, waren der zweite Akt. Rette sich, wer kann — und wenn die kleinen Sparer durch die Entschädigung des Aufwertungschwandels für die Bürgerblockparteien verloren gegangen sind, so ließe sich ja eventuell aus den Reihen der Beamten und der Liquidationsopfer neues Stimmvieh heranzüchten.

Die Rechnung war einfach, aber sie vergah das Wichtigste, den Kostenspunkt. Man rechnet, daß die Beamtenehltserhöhung dem Reich auf 318 Millionen jährlich zu stehen kommen wird (sobwohl die von Köhler eingebrachte Regierungsvorlage wesentlich hinter seinen Versprechungen zurückblieb, profitlich nur 8 bis 9 Prozent Gehaltserhöhung bedeutet und die übrigen von den unteren Beamten bezogen). Das Liquidationsgeschädigten bedeutet eine Gesamtbelastung des Reiches von rund 1,5 Milliarden, von denen etwa 400 Millionen auf das erste Jahr kommen. Das ist schon allerlei. Aber teurer als die Demagogie, für die man immerhin noch Stimmvieh kaufen kann, ist das Zentrum.

Die ganze Politik dieser Partei ist, wie schon seit der Revolution — darauf eingestellt, möglichst „unabhängig“ von den umliegenden Bundesgenossen aufzutreten, möglichst gleichmäßig mit schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-goldenen Farben zu schillern und auf diesem Wege einerseits die verschiedenen, in ihren Interessen grundsätzlich verschiedenen Wählergruppen festzuhalten — andererseits durch die stete Drohung mit einem Umfall (die sind beim Zentrum billig) von dem jeweiligen Bundesgenossen möglichst viel herauszupressen. Diese Politik ist dem Zentrum gut bekommen; es konnte Stimmvieh festhalten, hat als die an jeder Regierung beteiligte und immer „oben auf“, kommende Partei unter den Beamten und unter allen auf die Wreaktion der jeweiligen Regierung spekulierenden Schichten als die „höchste“ Partei eine gewisse Autorität gewonnen, hat die Interessen seiner pflichtlichen Auftraggeber gut und wirksam vertreten — und hat auch dem Finanzkapital, dem wahren Herrn Deutschlands, gute Dienste erwiesen, indem es unter verschiedenen Fingern Junker und sozialdemokratische Gewerkschaftsböden vor einen Wagen spannte. Das Zentrum hat keine Ursache, von dieser bewährten Politik des „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ abzugehen; es möchte möglichst ohne Bindung an eine der beiden Koalitionen in den Wahlkampf gehen und dann seine Unschuld möglichst teuer an den Sieger verkaufen. Die Deutschnationalen haben kein Interesse daran, dieses für sie so kostspielige Spiel des Zentrum zu erleichtern; sie wollen es zwingen, mit ihnen gemeinsam bei den Wahlen die Bürgerblockpartei auszulöffeln, die man sich gemeinsam eingebrocht hat und dann auch, wenn der Wahlausgang es irgend erlaubt, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Um das Zentrum bei der Kandidatur zu halten (abgesehen von den sonstigen Interessen, die sie an der Volkverdummung haben), suchen sie jetzt mit aller Energie den Reudelschen Schulgesetzwurf durchzuführen: solange der Kampf um dieses Gesetz geht, kann das Zentrum nicht aus der Reihe tanzen, für diesen Preis muß es sich der schwarz-weiß-rotten Einheitsfront einreihen. Da das Zentrum eben auch anders kann, ist der Preis hoch; man berechnet die Kosten, die durch die Annahme des Schulgesetzes und die dann notwendige Neugründung von Konfessionsschulen entstehen, auf mindestens 450 Millionen jährlich (andere Schätzungen gehen sogar auf über 1100 Millionen).

Woher nehmen und nicht offen sehen? Der Reichsrat ba-lanziert, wie Herr Köhler voll Stolz verkündet, in diesem Jahre eben aus (manche Kritiker berechnen aber ein Defizit von 200 bis 300 Millionen). Dabei sind die Einnahmen aus Grund der guten Wirtschaftsjunktur denkbar hoch; im nächsten Jahre werden sie kaum größer werden, aber durch die erhöhten Reparationszahlungen des Domesplanes wird sich ein Mehrbetrag von 480 Millionen ergeben. Die Steuern, offen erheben, kann man nicht gut, das wäre doch ein böser Schlag ins Gesicht jener Wahlpropaganda, um bereitwillig man jene kostspieligen Extratouren plant. Beamtenehltserhöhung, Schulgesetz, Liquidationsgeschädigten und erhöhte Reparationszahlungen bedeuten eine Belastung des Haushaltes um insgesamt 1,7 Milliarden. Wie soll man die ohne Steuererhöhung aufbringen,

Der vereinbarte Einspruch

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Ein schamloser Schwindel der Bürgerblockparteien ist entlarvt. Man erinnert sich der Rede des Finanzministers Köhler, in der er eine Gehaltserhöhung der Beamten angekündigt hatte. Das ist der Betrug: Zu derselben Zeit, wo Köhler seine Rede hielt, bestellte er sich bei dem Reparationsagenten eine Denkschrift, in der gerade gegen die Erhöhung der Beamtenehltserhöhung scharfer Einspruch erhoben wurde.

Die gestrigen Abendblätter geben unummunden zu, daß Köhler die Denkschrift direkt bestellt hatte. Das heutige Berliner Tageblatt schreibt: „Es handelt sich um einen vereinbarten Schwindel.“ Ja, Herr Gilbert gibt das sogar zu, indem er in seiner Einleitung zu dem Memorandum feststellt, daß die Einleitung der Denkschrift an den Finanzminister „in Gemäßheit unserer Vereinbarung“ erfolgt. Schamloser ist die öffentliche Meinung wohl kaum betrogen worden.

Der Vorwärts weicht in dieser Situation nichts Besseres zu tun, als den ganzen Sah und die ganze Empörung über das Treiben des Bürgerblocks auf die Deutschnationalen abzuladen. Sie allein hätten die Schuld. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei seien fast ohne jeden Mafel.

Aber Herr Köhler, der im Auftrage des Bürgerblocks das Ganze arrangierte, ist doch eingeschriebenes Zentrumsmittglied; und Herr Stresemann? Nun, das Berliner Tageblatt weicht zu berichten, auch Herr Stresemann sei über die Angelegenheit unterrichtet worden und hat den Wunsch geäußert: „daß ihm eine Abschrift der Denkschrift Gilbert übermittelt werde“. „Das ist auch geschehen“, stellt das Berliner Tageblatt fest. Also der offizielle Vertreter der Deutschen Volkspartei war ebenfalls vorher informiert. Was hat unter diesen Umständen das Gerüde der Sozialdemokratie für einen Zweck? Um die Koalitionsfähigkeit der Herren Marx und Stresemann für die Sozialdemokratie zu beweisen, läßt man in der SPD-Presse die Schuld von Zentrum und Deutscher Volkspartei hinweg und versucht, den Sah und die Kampfschlauheit der Arbeiter-schaft auf die Deutschnationalen allein abzuladen.

Dieses Manöver der Koalitionspolitiker darf diesmal nicht gelingen. Schon haben Königsberg und Hamburg bewiesen, wie Hunderttausende über die Politik des verurteilten Bürgerblockregiments denken. Die neue Schand-

tat dieser Herrschaften wird das Abfallen von den Ausbeuterparteien um Hunderttausende vergrößern. Jetzt ist die Zeit für die Abrechnung gekommen. Das deutsche Proletariat ist kampftüchtig. Mitteldeutschland war ein großartiger Beweis dafür.

Jetzt heißt es: Organisiert den Kampf zum Sturz des Bürgerblocks! Erzwingt die außerparlamentarische Abrechnung mit den Ausbeutern! Weg mit diesem Reichstag und dem Preussischen Landtag! Seht Neuwahlen durch zur außerparlamentarischen Mobilisierung von Millionen, die nicht länger dieses Regiment erdulden wollen, das aus dem Schweiß des deutschen Proletariats keine Profite riesenhaft heigert.

Auf das Betrugsmanöver der Bürgerblock-Regierung gibt es nur eine Antwort:

Weg mit dieser Regierung! Organisierung der kämpfenden Einheitsfront!

Sturz des Bürgerblocks! Gegen das Bürgerblock-Regiment die geschlossene Einheit von Millionen Werk-tätiger Deutschlands unter Führung der Kommunistischen Partei!

Die Bürgerblockparteien vollführen ein skrupelloses Wahlmanöver. Eine Anzahl Gesetze soll zum Abschluß gebracht werden, welche neue Ausgaben erfordern. Der Bürgerblock will aber selbstverständlich keineswegs die Gelder hierzu aus den Taschen der Besitzenden nehmen. Um Teile des Kleinbürgertums an den Bürgerblock zu fesseln, insbesondere die Beamtenschaft zu binden, vollführt man das Manöver mit der Besoldungsreform. Monatlang schleppte man die Besoldungsänderung hin. Dann brachte man eine Vorlage heraus, die eine Verhöhung der unteren Beamten darstellte. Gleichzeitig bestellte sich die Bürgerblock-Regierung bei dem Reparationsagenten einen Einspruch gegen die Erhöhung der Beamtenehltserhöhung. Man trieb mit den Interessen der unteren Beamten Schindluder. Jetzt sollen die Beamten über diese Manipulationen getäuscht werden. Der Zentrumsmminister Köhler hat die Parteivertreter geladen, um die Gegenaktion einzuleiten. Selbstverständlich ist auch die SPD mit von der Partie. Die SPD hilft die Rettungsaktion der Bürgerblockparteien durchführen. Die geprellten und betrogenen Beamten müssen aus diesem neuen Betrugsmanöver erkennen, daß nur die KPD die Interessen aller Werktätigen vertritt.

selbst angenommen, daß sich die Wirtschaftsjunktur in bis-heriger Weise weiter entwickelt, was höchst unwahrscheinlich ist?

Die Bürgerblockregierung hatte einen klaren Plan zur Lösung dieser Frage: die Länder und Gemeinden sollten der Sündenbock sein. Die Voten des Schulgesetzes gingen verfassungsmäßig ohnehin auf deren Köpfe — wo steht das geschrieben, daß man sie auch für diese Mehrausgaben, die ihnen durch das Reudelsche Gesetz auferlegt werden, entschuldigen muß? Und was die Beamtenehltserhöhung betrifft, so würde das Reich die 318 Millionen für die eigenen Beamten mit Ach und Krach aufbringen — die Milliardenrechnung für eine entsprechende Gehaltserhöhung der Staats- und Gemeindebeamten mögen deren Arbeitgeber auf eigene Rechnung austreiben. Stellt man die Frage so, dann konnte dreierlei geschehen: entweder die Länder und Gemeinden erhöhen ihre eigenen Steuern und nehmen das Odium für die finanziellen Konsequenzen der Bürgerblockregie-rung auf sich, oder sie weigern sich, das zu tun, dann tragen sie die Verantwortung vor den Wählern, daß die schönen, volksfreundlichen Pläne der Reichsregierung nicht ausgeführt werden konnten. Oder endlich, die Länder wagen weder das eine noch das andere und stülpen aus der Schwierigkeit, indem sie zur Deckung der entstehenden Unkosten andere Teile ihres Staatsapparates abbauen, zugunsten des Reiches auf Teile ihrer Hoheitsrechte verzichten. Das wäre das beste vom Standpunkt der Bürgerblockparteien, die, solange im Reich kleinbürgerlich „demokratische“ Regierungen an der Macht sehen, den „berechtigten Selbstständigkeitsdrang“ der Länder nach Kräften aufzulockern, die aber heute, wo im Reich offen die Bourgeoisie herrscht, im Gesamtinteresse ihrer imperialistischen Politik, die Staats-gewalt vereinheitlichen, die überflüssigen Belugnisse der Län-der möglichst abbauen wollen. Am wahrscheinlichsten war eine Kombination aller drei Möglichkeiten — und das war es, was die Bürgerblockregierung anstrebte.

Die erste Schwierigkeit kam von den Ländern. Sie verweigerten der Reichsregierung den Gehorsam, verlangten die Deckung für die Mehrausgaben, die ihnen durch die Politik der Bürgerblockparteien aufgedrungen wurden, forderten eine Er-

höhung ihres Anteils an den Reichsteuern von 75 auf 80 Prozent. Die Reichsregierung konnte daran nicht denken. Köhler gab den Ländern keine scharfe Antwort: Anteilerhöhung gibt es nicht — heißt euch, wie ihr wollt — wenn die Konjunktur steigt, werdet auch ihr höhere Anteile von den Steuern bekommen. Die Länder glaubten dem Säger nicht — Bayern drohte sogar mit der Sprengung der Koalition. Nun war der Teufel los: im Zentrum entstand eine heftige Opposition gegen Köhler, der die Gelder, die für das pflichtliche Schulgesetz bestimmt waren, im Interesse des Bürgerblocks den Beamten verschoben und so einerseits das Schulgesetz, den Partikularismus der Länder (mit dem das Zentrum doch immer kooperiert hat) bedroht hat. Mit Ach und Krach konnte Marx seinen Finanzminister halten, „die Rücktrittsgerüchte sind zumindst verfrüht“, meldet gestern die SZ am Montag.

Die Deutschnationalen hatten, was sie wollten: schon am Donnerstag meldeten bürgerliche Zeitungen, daß „infolge des Einspruchs der Länder gegen eine Erhöhung der Löhne die Beamtenehltserhöhung jedenfalls nicht in dem ursprünglich geplanten Maße erhöht werden könne“. Der Sündenbock war da, das Zentrum in einen Kampf auf Leben und Tod um „sein“ Schulgesetz verwickelt, alle Ausschichten waren vorhanden, den Ländern ein Stück Selbstständigkeit abzuhöpfen. Nur, daß die Operation ein wenig gründlich ausgefallen, das Zentrum in solche Schwierigkeiten gerückt war, daß sich allerlei bedenkliche Perspektiven eröffneten. „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“

Da trat eine höhere Gewalt auf den Schauplay. Der Reparationsagent, Parker Gilbert, protestierte in einem Schreiben gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die die Reparationszahlungen für das nächste Jahr gefährde und er beging obendrein noch die Unhöflichkeit, dieses Schreiben in die Öffentlichkeit zu lancieren. Für die Gesamtspolitik der Bürgerblockregierung gegenüber den Ländern war dieser Einspruch ein Affront, wie ja der Reparationsagent überhaupt (zuletzt durch seinen Einspruch gegen Auslandsanleihen der Länder) die Zentralisationspolitik der Bürgerblockregierung unterläßt hat.